



Freitag, 18. Oktober 2019, 15:55 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Die letzte Chance

Angesichts der Klimakatastrophe gerät der Kapitalismus in Erklärungsnot – wir sollten die Gelegenheit nutzen, ihn loszuwerden.

von Felix Feistel
Foto: Tero Vesalainen/Shutterstock.com

Die Menschheit steht vor ihrer größten Herausforderung. Wie sie ihr begegnet, entscheidet über den Fortbestand jeder menschlichen Zivilisation. Doch noch scheint sie unfähig, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. In ihrem Buch „Die Entscheidung, Klima vs. Kapitalismus“ erklärt Naomi Klein, weshalb ein Handeln unvermeidlich ist, welche Chancen in der bereits stattfindenden Katastrophe stecken und welche Ideologie es ist, die sich aktiv gegen den Wandel stellt.

Der Klimawandel ist real. Er trifft mittlerweile nicht nur südliche Entwicklungsländer, sondern ist auch in den entwickelten Staaten spürbar. Dürren, Überschwemmungen, Waldbrände, die Anzahl dieser Art von Naturkatastrophen hat sich seit den 70er Jahren verfünffacht. Zudem haben sie an Intensität und Dauer zugenommen, erklärt Naomi Klein in ihrem Buch „Die Entscheidung, Klima vs. Kapitalismus.“ Dennoch wird die Gefahr noch immer von einer Mehrheit der Menschen geleugnet.

Leugnen bedeutet dabei nicht nur das aktive Abstreiten eines menschengemachten Klimawandels, wie es Lobbyorganisationen wie das Cato Institute, das Heartland Institute, CFACT oder hier in Deutschland EIKE betreiben. Leugnen kann auch bedeuten, den menschengemachten Klimawandel anzuerkennen, die Lösung dieses Problems aber den Umweltschützern zu überlassen oder sich einzureden, dass es so schlimm schon nicht werden wird. Dies geht meistens einher mit einem Festhalten am eigenen, verschwenderischen Lebensstil und dem Konsum, der den Klimawandel maßgeblich mit verursacht.

Ungünstiger Zeitpunkt

Der Klimawandel und die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen trifft die Menschheit aber zu einem historisch schlechten Zeitpunkt. Denn seit etwa vierzig Jahren hat die Ideologie des sogenannten freien Marktes, des ungezügelten Welthandels, des Konsums und der Austerität, kurz, der Neoliberalismus einen beispiellosen Siegeszug erlebt, der die Gesellschaften grundlegend verändert hat. Maßgeblich mitgestaltet und verbreitet wurde diese Ideologie auch von den oben genannten, sich selbst als Institute bezeichnenden Lobbyorganisationen, von denen viele in den 1960er und 70er Jahren genau zu diesem Zweck

gegründet wurden. Auch heute noch stehen sie vollkommen im Lager des Neoliberalismus. Dies ist der Grund, warum sie den menschengemachten Klimawandel so vehement zu leugnen versuchen.

Denn die Akteure in diesen Instituten haben keineswegs wissenschaftliche Fakten oder klare Erkenntnisse, die den Klimawandel widerlegen. Im Gegenteil, auch innerhalb dieser Organisationen widersprechen sich die Meinungen. Während die einen behaupten, der Klimawandel existiere nicht, widersprechen andere und geben zu, dass es wärmer werde, lehnen es nur ab, etwas dagegen zu unternehmen. Was all diese Menschen jedoch eint, ist eine zentrale Erkenntnis: Wenn man den menschengemachten Klimawandel als solchen akzeptiert, widerspricht das allem, wofür der Neoliberalismus steht.

All diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten versucht haben, den Kapitalismus moralisch reinzuwaschen, indem sie den Egoismus zu etwas Gutem und reich werden zum zentralen Ziel der Menschheit erklärt haben, sind dank des Klimawandels dabei, die zentrale ideologische Schlacht zu verlieren.

Denn es ist zugleich dieses System, das den Klimawandel verursacht und dazu führen kann, die Erde in einen unbewohnbaren Planeten zu verwandeln.

Klimawandel und Kapitalismus gehen somit Hand in Hand. Wohingegen ein stabiles Klimasystem sowie eine lebendige Ökosphäre dem Kapitalismus vollkommen konträr gegenübersteht, oder, wie Naomi Klein es formuliert:

„Was unser Klima braucht, um nicht zu kollabieren, ist ein Rückgang des Ressourcenverbrauchs durch den Menschen, was unser Wirtschaftsmodell fordert, um nicht zu kollabieren, ist ungehinderte Expansion.“

Das ist den Propagandisten vom Heartland Institute, CFACT, EIKE und Co bewusst, weswegen sie den wissenschaftlichen Konsens vom menschengemachten Klimawandel immer wieder anzweifeln. Hinter diesen sogenannten Instituten steht aber die Industrie, die ihr Vermögen auf fossile Brennstoffe stützt. Namhafte Geldgeber sind zum Beispiel Exxon mobil oder die Koch-Brüder.

System der Ungerechtigkeit

Der neoliberale Kapitalismus steht dem notwendigen Wandel nicht nur entgegen, er nutzt die Katastrophen, die der Klimawandel auslöst verstärkt auch dazu, Gewinne zu generieren. So werden beispielsweise ganze Küstenlandstriche günstig aufgekauft, nachdem die dortigen Dörfer dank Fluten zerstört wurden und die Menschen weggezogen sind, um dort große Häfen und Industrieanlagen zu errichten. Und während die Metropolen durch umfassende Schutzmaßnahmen wie Deiche die schlimmsten Folgen des Klimawandels aussitzen können, werden ärmere Länder oder indigene Völker alleingelassen.

Doch wie der Hurrikan Sandy gezeigt hat, werden auch ärmere Schichten innerhalb westlicher Städte nach einer Katastrophe sich selbst überlassen. Staatliche Hilfe beschränkt sich zumeist auf die Viertel der Mittel- und Oberschicht. Die sozial Ausgegrenzten werden von den Behörden ignoriert und müssen, wenn nicht gerade private Organisationen wie „Occupy Sandy“ vor Ort sind, alleine mit den Folgen wie Krankheiten, Versorgungsengpässen und Unsicherheit zurechtkommen. Somit sind vor allem Minderheiten wie Afroamerikaner sowie arme Menschen von Katastrophen stärker betroffen. Der Klimawandel verstärkt also soziale Ungerechtigkeiten weiter.

Dazu beigetragen hat auch die Ideologie des schlanken Staates, die

über Jahrzehnte dafür gesorgt hat, dass öffentliche Gelder aus den Katastrophendiensten abgezogen werden. Auf diese Weise verfügen viele Staaten – auch westliche – nicht mehr über die notwendigen Mittel, um Waldbrände oder Überflutungen zu bekämpfen oder die Menschen vor den Auswirkungen zu schützen. So hat beispielsweise die griechische Feuerwehr nicht einmal mehr das Geld für die Ersatzreifen ihrer Einsatzfahrzeuge, mit denen sie in die brennenden Wälder fährt.

Große Unternehmen hingegen bereiten sich schon längst auf zukünftige Katastrophen vor. So bauen die einen eigene Dämme und Deiche, während große Versicherungsunternehmen sogar eigene Feuerwehren beschäftigen, die sie im Falle eines Falles zu ihren größten Kunden schicken. Rettungsdienste werden also zunehmend privatisiert, und kommen nur noch jenen zur Hilfe, die sie sich leisten können. Konzerne und reiche Menschen können sich somit vor den Folgen des Klimawandels schützen, während sie zugleich ärmere Menschen und Länder bereitwillig ihrem Profitstreben opfern. Es ist ein zutiefst menschenfeindliches System, dem wir es überlassen, unser Zusammenleben und unsere Versorgung zu organisieren.

Verrechtlichte Ideologie

Um dem Klimawandel wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen, wären drastische Einschnitte notwendig. Einschnitte, wie sie die Menschheit zuvor noch nie erlebt hat. Dies beinhaltet zum Beispiel eine Rückbesinnung auf lokale Wertschöpfung. Dies aber wird durch globale Handelsbestimmungen zumeist verboten. Schuld ist hier das Prinzip der Inländergleichbehandlung, das es verbietet, ausländische Unternehmen und Investoren anders zu behandeln als inländische. Nationale Vorschriften, die lokale Wertschöpfung festschreiben, verstoßen damit gegen das Handelsrecht. Wenn ein

Land also solche Gesetze erlässt, muss es damit rechnen, vor einem Schiedsgericht auf Schadenersatz verklagt zu werden, da diese Maßnahmen die Gewinnerwartungen von Investoren schmälern könnten. Die Ideologie des globalen Welthandels, wie sie in zahlreichen Verträgen festgeschrieben ist, steht damit dem notwendigen Wandel im Weg.

Diese Entwicklung war jedoch von Anfang an vermeidbar. Denn als sich das heutige, globale Handelssystem im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO entwickelte, waren die Erkenntnisse rund um den Klimawandel bereits bekannt. So fanden in den 90er Jahren zwei Entwicklungen parallel statt, die sich eigentlich vollkommen widersprachen. Auf der einen Seite wurden mit der Konferenz von Rio sowie dem Kyoto Protokoll erstmals Ziele und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels festgeschrieben.

Auf der anderen Seite entwickelten sich jedoch die WTO sowie die ersten sogenannten Freihandelsabkommen wie NAFTA, welche den Zielen zum Schutze der Umwelt konträr entgegenstehen, erhöht doch der exportorientierte, globale Handel die Emissionen und die einschneidenden Veränderungen in die Umwelt, nicht zuletzt durch den steigenden Rohstoffbedarf. Dank der bereits seit über einem Jahrzehnt vorherrschenden Ideologie des freien Marktes sahen sich die Umweltschützer jedoch zu Zugeständnissen gezwungen, und so ordneten die Regierungen den Klima- und Umweltschutz dem freien Handel unter.

Die vorherrschende Ideologie des Westens ist also der Materialismus. Dieser steht aber vollkommen im Widerspruch zu einer intakten Umwelt. Der Psychologe Tim Kasser des Knox College formulierte es zusammen mit dem britischen Umweltstrategen Tom Crompton in ihrem 2009 erschienenen Buch „Meeting Environmental Challenges: The Role of Human Identity“ so:

„Je wichtiger den Menschen Werte und Ziele wie Leistung, Geld, Macht, Status und Image sind, desto negativer ist ihre Einstellung zur Umwelt, desto weniger umweltfreundlich verhalten sie sich und desto eher verschwenden sie natürliche Ressourcen.“

Die derzeitigen Probleme der Umwelt und des Klimas sind also eng mit der Einstellung der Gesellschaft insgesamt verwoben. Der Egoismus sowie der Materialismus sind fest in den Menschen verankert dank der jahrzehntelangen neoliberalen Propaganda durch Heartland, CFACT oder Cato Institute und so weiter. Diese haben damit den ideologischen Kampf gewonnen, nicht aber jenen auf der Ebene der Fakten, denn auch den Propagandisten des Neoliberalismus ist klar, dass der Klimawandel schwerwiegende Veränderungen mit sich bringen wird. Tatsächlich gehören sie damit zu den Wenigen, welche die gesellschaftlichen Implikationen des Klimawandels vollkommen verstanden haben. Denn würde man dem Klimawandel, und damit einhergehend der ökologischen Zerstörung effektiv begegnen, stünde am Ende eine Gesellschaft, die mit der derzeitigen absolut nichts mehr gemeinsam hat. Die Propagandisten des Neoliberalismus versuchen nur, ihre Profite zu verteidigen, kämpfen dabei aber mit dem Rücken zu Wand.

Die Uhr tickt

Je länger die Gesellschaften die notwendigen Veränderungen aufschieben, desto einschneidender müssen sie sein. Maßnahmen, die schon vor Jahrzehnten ohne großen Aufwand hätten ergriffen werden können, haben nun ungleich stärkere Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt. Und die Zeit rennt uns davon. Denn die Tür zur Erreichung des 2-Grad-Celsius-Ziels hat sich gemäß der Internationalen Energieagentur bereits 2017 geschlossen. Im Pariser Abkommen haben sich die Staaten jedoch auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius geeinigt, und schon die darin

festgeschriebenen Maßnahmen genügen laut Weltklimarat (IPCC) nicht, um dieses Ziel zu erreichen, ganz davon abgesehen, dass die Staaten ihre Zusagen nur unzureichend umsetzen.

Wenn wir weiterhin untätig bleiben, wachen wir bald in einer Welt auf, deren Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sich durch den Klimawandel noch verschärft haben, denn wohlhabende Menschen tragen zwar massiv zum Klimawandel bei, können sich gegen seine Folgen aber wesentlich besser absichern als ärmere. Letztere hingegen werden um ihr Überleben kämpfen müssen und auch nicht davor zurückschrecken, sich auf den Weg zu machen zu Regionen, die von den Verheerungen des Klimawandels noch nicht so sehr betroffen sind.

Chance auf Gerechtigkeit

Eine effektive Bekämpfung des Klimawandels jedoch bietet die Chance auf eine gerechtere und gleichere Gesellschaft. Nicht nur ließen sich die Maßnahmen zur Umgestaltung des Verkehrssektors, der Energie und der Landwirtschaft aus Vermögens-, Unternehmens- und Erbschaftssteuern finanzieren, das Geld könnte auch dazu genutzt werden, den Menschen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr sowie eine Rationierung der von den Menschen benötigten Ressourcen – wie in Zeiten des Krieges – zur Verfügung zu stellen.

Rationierungen bedeuten dabei keineswegs Mangel und stundenlanges Anstehen für einen Laib Brot. Es bedeutet, dass alle erzeugten Güter zusammengelegt und dann nach Bedarf verteilt werden. Dies führt zu einer Welt mit gerechterer Verteilung, als es heute der Fall ist. So haben zum Beispiel durch die Rationierungen im zweiten Weltkrieg in den USA die Ärmsten im Schnitt 18 Prozent mehr Kalorien aufgenommen als vor dem Krieg, wohingegen

Reichere Vermögenseinbußen hinnehmen mussten. Dies ist ein Vorgang, der auch vom überwiegenden Teil der Gesellschaft als gerecht empfunden wird. Und das ist es, was uns der Klimawandel bringen könnte: Eine gerechtere Gesellschaft.

Auch wäre es notwendig, die Versorgung von Energie und Trinkwasser wieder zurück in die öffentliche Hand zu legen. Dies widerspricht dem Trend der letzten Jahrzehnte, alles zu privatisieren und damit der Allgemeinheit zu entziehen, wobei die Profite nur wenigen zugutekommen. Wie die Volksabstimmung zu genau diesem Thema in Hamburg zeigte, stößt diese Rekommunalisierung aber auf die Zustimmung der Menschen.

Ebenso sind momentan weltweit Kommunen dabei, die Versorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen, weil die Menschen gemerkt haben, dass im Falle einer Privatisierung die Preise zwar steigen, die Qualität aber abnimmt und das Geld am Ende nur in die Taschen einiger Aktionäre wandert, nicht jedoch der Kommune zugutekommt. In diesem Zuge bietet die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft auch die Möglichkeit einer Demokratisierung, wenn man den Menschen ein Mitbestimmungsrecht einräumt.

Weiterhin eröffnet eine Umgestaltung auch die Chance der Arbeitszeitverkürzung. Niemand muss mehr dazu gezwungen sein, die meiste Zeit seines Lebens in Arbeit zu investieren, die ihm nicht entspricht, ihn unter Stress setzt sowie Unglück und Krankheiten fördert. Heutzutage ist es die materielle Not, welche die Menschen dazu bringt, sich auf solche Art und Weise für die Profitinteressen einiger weniger zu opfern. Diese Not jedoch kann im Zuge der Transformation beseitigt werden. Notwendig ist dafür eine lokale Wertschöpfung unter Einbeziehung einer lokalen, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft und einer Stärkung des Handwerks. Ein Nebeneffekt wäre zudem, dass der ausufernde Pendelverkehr nicht mehr notwendig und somit die Verkehrswende mit geringerem Aufwand verbunden wäre.

Was zu dieser Umstellung auch gehört, ist eine Veränderung des Lebensstils. Der ausufernde Konsum hat Klimawandel und ökologische Desaster maßgeblich befördert, ein Konsum freilich, der von Unternehmen und den mit ihnen verbundenen Werbeagenturen überhaupt erst stimuliert wurde, jedoch unabdingbar für das gegenwärtige System ist.

Man müsste aber keineswegs, wie Kritiker monieren, in die Steinzeit zurückkehren.

Laut Naomi Klein genügt es, zurück zum Lebensstandard der 1960er und 70er Jahre zurückzukehren. Dies bezieht sich zumindest auf die Emissionen, die den Klimawandel anheizen. Was Naomi Klein übersieht ist, dass gerade in jenen Jahrzehnten der private Kunststoffkonsum erst richtig angerollt ist und Umweltgifte in großen Mengen zu dieser Zeit etwas ganz Normales waren. Eine zukunftsfähige Gesellschaft müsste dies jedoch überwinden.

Dazu ist es unabdingbar, die industrielle Produktion auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Auch muss das Geld als Mittel der Verteilung der Vergangenheit angehören. So fällt ein Großteil der überflüssigen und keinerlei nützliche Dinge hervorbringenden Arbeit weg. Das führt auch dazu, dass die heute vorherrschende exorbitante Mobilität nicht mehr benötigt wird, denn der Hauptgrund, aus dem Menschen sich tagtäglich durch die Blechlawinen auf den Straßen quälen ist, dass sie zu ihrer Arbeitsstelle pendeln müssen. Stattdessen wäre es nun möglich, die frei gewordenen Arbeitskräfte in einer deindustrialisierten Landwirtschaft, im Handwerk oder in der Wasser- und Energieversorgung zu beschäftigen.

Wie man sieht, würde sich eine Gesellschaft, welche die Ursachen des Klimawandels abgestellt und an dessen Folgen angepasst hat, von der heutigen grundlegend unterscheiden. Sie wäre gerechter,

gleicher und freier als unser momentanes System der Ausbeutung, der Konkurrenz und des materialistischen Konsums. Der Klimawandel birgt in sich also die Chance auf einen Wandel, der allen Menschen einen zufriedenstellenden Lebensstandard bescheren und sie von Alltagsorgen, Depressionen, Ängsten und Ausbeutung befreien könnte.

Diesen Wandel sollten wir allerdings nicht dem sogenannten freien Markt sowie den in ihm tätigen Akteuren überlassen.

Energiekonzerne, die schon 2.795 Gigatonnen von CO₂ in ihren Büchern für den zukünftigen Abbau notiert haben und damit wirtschaften und ihre Aktionäre befriedigen müssen, haben kein Interesse daran, dass all diese fossilen Brennstoffe im Boden bleiben. Dort müsste der größte Teil aber verbleiben, denn laut Wissenschaftlern steht der Menschheit von 2015 an gerechnet nur noch ein Budget von 565 Gigatonnen bis zum Jahr 2050 zu, und das auch nur, wenn wir statt des 1,5-Grad-Celsius-Ziels lediglich das 2-Grad-Celsius-Ziel anpeilen, das aber bereits verheerende Folgen auf die ganze Welt hätte.

Notwendig wären hingegen staatliche Eingriffe, die übergeordnete politische Ziele und mutige Entscheidungen fordern würden. Dies stünde jedoch im Widerspruch zu der herrschenden Ideologie, die sich jeden Eingriff in den sogenannten freien Markt verbittet. Eine Ideologie, welche die Gesellschaft so geprägt hat, dass Barack Obama 2009 die sich ihm bietende historische Chance, schwächelnde Banken und Automobilkonzerne für die Transformation zu nutzen, hat verstreichen lassen.

Diese ideologischen Barrieren halten Entscheidungsträger davon ab, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, die mehr als nur Profitinteressen Einzelner im Blick haben. Hinzu kommt, dass in vielen Staaten Regierung und Privatwirtschaft kaum noch voneinander zu trennen sind. So standen zum Beispiel der Regierung in Großbritannien über viele Jahre hinweg bis zu 50

Berater aus der fossilen Energiebranche in Energiefragen unentgeltlich zur Verfügung. In Staaten wie Deutschland und den USA sieht es dank saftiger Spenden an die Parteien, der Finanzierung von Wahlkämpfen oder dem Drehtüreffekt zwischen Politik und Privatwirtschaft nicht anders aus.

So überlassen wir unsere Zukunft einer Bande von skrupellosen Halsabschneidern, welche die Zukunft der Mehrheit den Profitinteressen der Minderheit opfern. Dagegen müssen wir uns als leidtragende Zivilgesellschaft zur Wehr setzen.

Dabei müssen wir uns nicht alle in Umweltbewegungen organisieren. Jeder Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Systems ist ein Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Denn wie soll jemand, der kaum weiß, wie er bis zum Ende des Monats überleben soll, sich Sorgen um das Klima machen? Wie soll jemand, der sich vierzig Stunden pro Woche oder mehr für fremde Kapitalinteressen abmüht, an die Umwelt denken oder an die Folgen, die seine Arbeit eventuell für diese hat? Wie sollen alleingelassene Mütter oder Väter, die sich um ihre Kinder sorgen müssen, sich engagieren? Was nützt uns inmitten des Wahns der Aufrüstung und der Kriegstreiberei eine intakte Umwelt vor Ort, wenn es Menschen gibt, die nicht zögern würden, den roten Knopf zu drücken, der dazu führt, dass innerhalb weniger Minuten ganze Landstriche zu unbewohnbaren Wüsten werden?

Der wichtigste Faktor könnte aber der Kampf gegen die Korruption innerhalb der Politik sein. Denn viele Politiker schielen auf lauschtige Plätzchen im Aufsichtsrat zerstörerischer Konzerne, und tragen während ihrer Zeit in der Politik erheblich dazu bei, diesen Konzernen den Weg frei zu machen. Beispiele dafür gibt es zu Genüge.

Alle sozialen Kämpfe, ebenso wie jene für die Umwelt, eint die Idee

einer besseren, gerechteren, freieren Welt. Jede Bewegung, jeder Kampf trägt einen Bruchteil zu dieser bei. Daher müssen diese Bewegungen sich vereinen, ohne jedoch monothematisch zu werden, denn jeder Kampf ist einer für die Umwelt, für das Klima und für den Menschen. Wir müssen einander unterstützen, uns gegenseitig solidarisieren, egal, welche Mittel wir zur Erreichung unserer Ziele als notwendig erachten.

Denn eins ist klar: Wir können das Wohlergehen von Mensch und Natur nicht in die Hände derjenigen legen, die seit Jahrhunderten ihre Vermögen durch Ausbeutung und Unterdrückung generieren.

Auch grüne Milliardäre wie Elon Musk werden uns nicht retten. Sie werden uns nur Scheinlösungen präsentieren, durch die sich ihre Profitinteressen bedienen lassen.

Nehmen wir es also selbst in die Hand, nicht nur freitags, sondern jeden Tag, nicht nur auf den Straßen, sondern auch im gesellschaftlichen, solidarischen Handeln. Bauen wir uns die Welt von morgen auf und ignorieren wir diejenigen, die sich Macht anmaßen und uns mit Scheinlösungen Beruhigungspillen vorwerfen wollen.

<https://www.rubikon.news/spenden>

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für **manova.news** (<https://www.manova.news/>), **apolut.net** (<https://apolut.net/>), **multipolar-magazin.de** (<https://multipolar-magazin.de/>) sowie auf seinem eigenen **Telegram-Kanal** (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotherapie und -therapie (IoPT), als der er auch arbeitet, erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.